

# GEW fordert Antifaschismus als Bildungsziel

Neutralitätsgebot heißt nicht Wertneutralität: Die GEW versteht Antifaschismus als Teil des Bildungsauftrages. Dies ergibt sich aus Grundgesetz, Schulgesetz und Bildungsplänen

Der Begriff der „Neutralität“ wird aktuell häufig missbräuchlich verwendet und verkürzt als das Verbot wertender Positionierung im Unterricht verstanden. Das hat jedoch nichts mit den gesetzlichen Grundlagen zu tun, widerspricht diesen sogar, zumal der Begriff der „Neutralität“ dort überhaupt nicht auftaucht. Neben formalen Bestimmungen zur politischen Bildung wird auch inhaltlich festgelegt, welches Wertegerüst den Schülerinnen und Schülern vermittelt werden soll.

## Politische Neutralität im Beutelsbacher Konsens

Der vielziertierte Beutelsbacher Konsens ist die formale Grundlage der politischen Bildung an Schulen; er gilt für Schulbücher und Unterrichtsmaterialien und markiert die Grenze zwischen politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination ist unvereinbar mit der Rolle der Lehrkraft in einer demokratischen Gesellschaft und der Zielvorstellung von der Mündigkeit der Schülerinnen und Schüler. Politische Bildung soll diese in die Lage versetzen, die politische Situation der Gesellschaft und ihre eigene Positi-

on zu analysieren und daraus für sich Konsequenzen zu ziehen.

In diesem Sinne legt der Beutelsbacher Konsens fest:

- **Überwältigungsverbot:** Demnach ist untersagt, Schülerinnen und Schüler im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der Gewinnung eines selbständigen Urteils zu hindern.
- **Kontroversitätsgebot:** Was in Wissenschaft und Politik kon-

Schülerinnen und Schülern keine Meinung aufzuzwingen und kontroverse Themen auch als solche darzustellen. Rechtlich normiert ist dieser Konsens zur politischen Bildung an Schulen in den Bildungsplänen.

## Bildungs- und Erziehungsauftrag

Als Bildungs- und Erziehungsauftrag wird im Hamburgischen Schulgesetz die Aufgabe genannt, „die Schülerinnen und Schüler zu befähigen und ihre Bereitschaft zu stärken, [...] ihre Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Achtung und Toleranz, der Gerechtigkeit und Solidarität sowie der Gleichberechtigung der



Äpfel ≠ Birnen

Foto: Marco Verch, flickr.com

trovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers dargestellt werden.

- **Gebot der Schülerorientierung:** Schülerinnen und Schüler müssen in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und ihre eigene Interessenlage zu analysieren.

Diese drei Grundprinzipien sind Grundlagen der Didaktik des Politikunterrichts. Die Lehrkräfte sind verpflichtet, ihren

Geschlechter zu gestalten und [...] an der Gestaltung einer der Humanität verpflichteten demokratischen Gesellschaft mitzuwirken und für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten“. Zudem wird festgelegt, dass sich Unterricht und Erziehung „an den Werten des Grundgesetzes“ (GG) auszurichten haben. In Artikel 3 des GG

ist das Diskriminierungsverbot festgeschrieben: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Eine im Sinne der gesetzlichen Grundlagen verstandene „Neutralität“ heißt somit nicht Gleichgültigkeit, sondern fordert einen demokratischen, offenen Meinungsstreit, die Auseinandersetzung mit verschiedenen Positionen sowie ein Eintreten für die grundgesetzlich verankerten Werte ein.

### Fazit 1: Neutralitätsgebot heißt nicht Wertneutralität

Die AfD argumentiert mit dem Neutralitätsgebot. Dieses Gebot darf jedoch nicht mit Wertneutralität verwechselt werden. Schule hat den klaren Auftrag, Schülerinnen und Schülern die freiheitlichen und demokratischen Grund- und Menschenrechte zu vermitteln und fußt mit ihrem gesetzlichen Bildungsauftrag auf den Werten des Grundgesetzes.

### Fazit 2: Eine antifaschistische Haltung ergibt sich aus den gesetzlichen Vorgaben

Wie dargelegt lässt sich eine klare Haltung gegen Faschismen sowie eine antifaschistische Grundhaltung als Bildungsziel aus dem Bildungsauftrag ableiten. Dem gegenüber steht die aktuelle Tendenz, antifaschistisches Engagement zu diskreditieren und als angeblich per se gewaltbefördernde extremistische Einstellung zu kriminalisieren. Völlig zu Recht verwahrt sich die Schulleitung der Ida Ehre Schule daher dagegen, „dass im aktuellen Diskurs eine Verschiebung in die Richtung stattfindet, dass Antifaschismus an Schulen nicht gewünscht sei oder der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung widerspreche. Im Gegenteil, ohne



Foto: hz

**Beutelsbach markiert die Grenze zwischen politischer Bildung und Indoktrination (Fredrik Dehnerdt)**

einen konsequenten Antifaschismus ist dies nicht möglich.“ Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, das klare Bekenntnis gegen Faschismus und die daraus resultierende antifaschistische Erziehung explizit in den Hamburger Bildungsplänen zu verankern und somit für alle eindeutig zu legitimieren. Daher hat die GEW auf dem Hamburger GEWERkschaftstag am 21. Mai die Forderung beschlossen, Antifaschismus explizit als Bildungsziel in das Hamburger Schulgesetz aufzunehmen. Wörtlich:

*Die GEW Hamburg fordert, Antifaschismus explizit als Bildungsziel in das Hamburger Schulgesetz aufzunehmen. Sie wird dies in der Öffentlichkeit und gegenüber der Behörde vertreten.*

Als GEW erwarten wir von der Schulbehörde, diesen Vorschlag zu erwägen und umzusetzen. Eine solche Verankerung im Schulgesetz würde engagierten Lehrkräften massiv den Rücken stärken und Einschüchterungsversuche sowie Bedrohungen von rechts erschweren.

### Fragen und Antworten für Lehrkräfte

- Die AfD argumentiert mit dem Neutralitätsgebot. Darf ich

*mich als Lehrkraft an Schule oder Hochschule kritisch mit der AfD auseinandersetzen?*

Ja. Neutralität bedeutet nicht, sich nicht mehr politisch äußern zu dürfen. Lehrkräfte haben einen demokratischen Bildungsauftrag, sie sollen Schülerinnen und Schülern die freiheitlichen und demokratischen Grund- und Menschenrechte vermitteln. Die an Schulen geforderte „partei-politische Neutralität“ verbietet es, in den Schulen Werbung für wirtschaftliche, politische, weltanschauliche und sonstige Interessen zu betreiben. Aber selbstverständlich können sich Lehrkräfte im Unterricht kritisch mit den Positionen aller Parteien auseinandersetzen. Dazu gehören auch die Positionen der AfD.

Die AfD verfolgt politische Ziele, die sowohl dem Grundgesetz als auch den allgemeinen Menschenrechten widersprechen. Die AfD vertritt unter anderem diskriminierende, xenophobe, rassistische, sexistische, frauenfeindliche Positionen und versucht, diese in der gesellschaftlichen Mitte zu verankern. Das bedeutet für Lehrkräfte, die ihre Aufgabe und die Schulgesetze ernst nehmen, dass der kritische Umgang mit den Positionen der AfD ein Teil der politischen Bildung ist. Dazu gehört es, die Positionen der AfD als diskrimi-

# Gesetzliche Grundlagen

## Hamburgisches Schulgesetz,

### §2 Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule

„Unterricht und Erziehung richten sich an den Werten des Grundgesetzes und der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg aus. Es ist Aufgabe der Schule, die Schülerinnen und Schüler zu befähigen und ihre Bereitschaft zu stärken,

- ihre Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Achtung und Toleranz, der Gerechtigkeit und Solidarität sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter zu gestalten und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen,
- an der Gestaltung einer der Humanität verpflichteten demokratischen Gesellschaft mitzuwirken und für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten,
- das eigene körperliche und seelische Wohlbefinden ebenso wie das der Mitmenschen wahren zu können und
- Mitverantwortung für die Erhaltung und den Schutz der natürlichen Umwelt zu übernehmen.“

## Bildungsplan gymnasiale Oberstufe

### Politik/Gesellschaft/Wirtschaft: Didaktische Grundsätze\*

„Leitlinie für den Unterricht im Fach PGW ist der Beutelsbacher Konsens:

- Überwältigungsverbot – Indoktrinationsverbot

Lehrende dürfen Schülerinnen und Schülern nicht ihre Meinung aufzwingen. Schülerinnen und Schüler sollen sich mithilfe des Unterrichtes eine eigenständige Meinung bilden können.

- Ausgewogenheit bzw. Kontroversitätsgebot

Der Lehrende muss ein Thema kontrovers darstellen und diskutieren, wenn es in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft kontrovers erscheint. Dazu gehört auch, homogen orientierte Lerngruppen gezielt mit Gegenpositionen zu konfrontieren.

- Schülerorientierung

Politische Bildung muss die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, die politische Situation der Gesellschaft und ihre eigene Position zu analysieren und daraus für sich Konsequenzen zu ziehen.“

*(\* Anmerkung der Red.: Der Bildungsplan Stadtteilschule Jahrgangsstufen 5-11, Lernbereich Gesellschaftswissenschaften enthält eine entsprechende Formulierung.)*

## Artikel 3 des Grundgesetzes

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

## Links zum Thema:

- Stellungnahme der Schulleitung der Ida Ehre Schule:

[www.idaehreschule.de/wp-content/uploads/Stellungnahme\\_der\\_Schulleitung\\_IES.pdf](http://www.idaehreschule.de/wp-content/uploads/Stellungnahme_der_Schulleitung_IES.pdf)

- Veröffentlichungen der GEW Hamburg zum Thema:

[www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/GEW-zur-bildungspolitik-der-afd-hamburg](http://www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/GEW-zur-bildungspolitik-der-afd-hamburg)

nierend darzustellen, wenn sie es sind.

• *Bedeutet Neutralitätsgebot und Beutelsbacher Konsens, dass ich mich als Lehrkraft politisch immer neutral verhalten muss?*

Nein. Menschenverachtende Positionierungen sind klar als solche zu benennen und zurückzuweisen. Das ist dann keine Überwältigung, sondern Einsatz für die Demokratie. Lehrkräfte dürfen Schülerinnen und Schülern ihre eigene (politische) Meinung nicht aufdrücken, sie nicht indoktrinieren. Das bedeutet aber nicht, dass sie sich nicht politisch äußern dürfen. Im Gegenteil: Lehrerinnen und Lehrer sind durch das Grundgesetz und

die Landesschulgesetze dazu verpflichtet, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Sie sollen Kinder im Geiste der Menschenwürde, Demokratie, Toleranz und Gleichberechtigung erziehen.

• *Wie kann ich mich im Unterricht verhalten?*

Für den Unterricht ist es wichtig, den Schülerinnen und Schülern unterschiedliche Positionen – von ganz links bis ganz rechts – darzustellen und sie durch kontroverse Diskussionen zu einem eigenen Urteil zu befähigen. Konkret kann das bedeuten, verschiedene parteipolitische Standpunkte beim Thema „Asyl“ so darzustellen, dass die Lernenden sie nachvollziehen, analysieren

und für die eigene Position abwägen können. Die Schülerinnen und Schüler dürfen dabei keiner Angst ausgesetzt sein, sie müssen ihren Standpunkt frei äußern dürfen. Die Lehrkraft kann dabei sehr wohl im Unterricht ihre eigene Position deutlich machen, zum Beispiel, wenn sie eine Position der AfD nicht teilt oder ablehnt. Das ist keine Verletzung des Neutralitätsgebots, solange diese Sichtweise nicht absolut gesetzt wird und die Schülerinnen und Schüler dadurch indoktriniert werden.

FREDRIK DEHNERDT  
stellvertretender Vorsitzender  
der GEW Hamburg

## Feinsinniger Denker – Nachruf

Mit Prof. Ludwig Huber verliert die Reformpädagogik einen engagierten Mitstreiter und Wissenschaftler.

Ludwig Huber ist tot – eine Nachricht, die viele seiner Weggefährtinnen und Weggefährten erschüttert hat und verstört zurück lässt. Wir verlieren mit ihm einen scharfsinnigen Denker, bedeutenden Wissenschaftler und engagierten Bildungsreformer. Für ihn sollte das, was erforscht und gedacht wurde, aufklären, verändern, humanisieren, also Folgen haben für die Praxis. Die Töne, die er dabei anschlug, waren deutlich, auch kämpferisch, klar strukturiert und mehrfach nachgedacht, dann aber eher leise: Er wollte überzeugen, nicht überwältigen.

Wichtig waren ihm eine bildungstheoretisch begründete und darauf aufbauende didaktische Reformierung der Sekundarstufe II und der universitären Ausbildung in Deutschland. Die Zivilgesellschaft sollte teilhaben dürfen am Denken und Aufklären der Wissenschaft:

Dem von ihm maßgeblich mitgestalteten „Forum Offene Wissenschaft“ gelingt es Woche für Woche, mehrere Hundert Bürgerinnen und Bürger Bielefelds mit spannenden Vorträgen und Diskussionen an die Universität zu locken. Sein ehrenamtliches Engagement umfasste literarische Veranstaltungen, Arbeit mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen, Einsatz für humane Formen des miteinander Wohnens.

Bis zu seiner Emeritierung 2002 war Ludwig Huber als Nachfolger von Hartmut von Hentig Wissenschaftlicher Leiter des Oberstufenkollegs und Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Bielefeld.

Wir verlieren mit ihm einen ungemein gebildeten Menschen, feinsinnigen und humorvollen Redner, ideenreich-anregenden, zugleich neugierig-geduldigen Ge-

sprächspartner, partizipatorisch handelnden Kollegen, einen einfühlsamen, verlässlichen, verantwortungsvollen und liebenswert-charmanten Freund, der zudem allem Schönen, der Musik und dem guten Leben zugeneigt war.

Am 11. Mai ist Ludwig Huber im Alter von 82 Jahren an den Folgen eines Schwimmunfalls, den er wenige Tage zuvor an seinem letzten Urlaubstag auf Zypern erlitten hatte, in Bielefeld gestorben.

SUSANNE THURN,  
ehemalige Leiterin der Laborschule  
Bielefeld an der Universität Bielefeld

Ludwig Huber wurde 1971 auf eine Professur für Hochschuldidaktik an die Universität Hamburg berufen, war wiederholt Geschäftsführender Direktor des dortigen Interdisziplinären Zentrums für Hochschuldidaktik (IZHD) sowie von 1982 bis 1984 Vizepräsident der Universität. JG

# Das Arbeitszimmer ist kein Elfenbeinturm

Wie bis heute mit Begrifflichkeiten Politik gemacht wird und was das mit dem Neutralitätsgebot in der Schule zu tun hat

Von meinem ersten Lehrlingsgehalt muss es gewesen sein, also so um die Mitte der 1960er Jahre, dass ich mir ein Politisches Wörterbuch kaufte, weil ich angefangen hatte, den SPIEGEL zu lesen. Das hatte damals fast etwas Verrücktes, weil sich dort etwas fand, das die damaligen Funktionseleiten mit ihrer Nazivergangenheit gar nicht mochten.\* Da tauchte schon mal der Begriff ‚Faschismus‘ auf. Da ich niemanden hatte, den ich hätte fragen können oder weil es mir ein bisschen peinlich war, falls die Kenntnis dieses

Wortes doch zum allgemeinen Bildungskanon gehören sollte, kaufte ich also dieses Büchlein – immerhin in Leinen gebunden! Da fand ich denn auch den Begriff. Als Erklärung wurde mir angeboten, dass sich das Wort von ‚fasces‘ herleitet, das waren irgendwelche Rutenbündel, die im alten Rom Amtsdienere als Erkennungszeichen für das Herannahen der politisch Mächtigen auf dem Rücken trugen. Für was? Ich weiß es nicht mehr. Ich erinnere nur, dass diese Erklärung mir keinerlei Sinn erschloss im Kontext dessen, was ich da

im SPIEGEL gelesen hatte. Auf andere Quellen konnte ich nicht zurückgreifen.

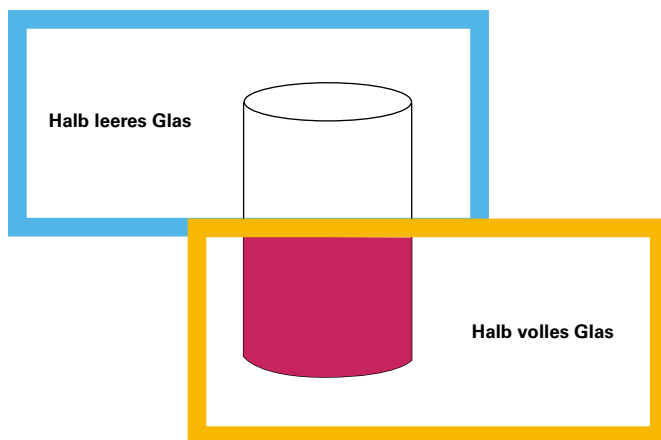
Die Möglichkeit diese zu erkennen, hatte ich erst einige Jahre später während des Studiums an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP). Die Erklärung Dimitroffs, jenes kommunistischen Reichstagsabgeordneten, dem die Nazis den Reichstagsbrand anhängen wollten, leuchtete mir wesentlich mehr ein. Darin wurde der Faschismus als „terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und



Foto: CC BY-SA: AdornoHorkheimerHabermsbyJeremy/Shapiro.png, created: 1 April 1964

„Ich fürchte nicht die Rückkehr der Faschisten in der Maske der Faschisten, sondern die Rückkehr der Faschisten in der Maske der Demokraten.“ Theodor W. Adorno. Hier schüttelt er (rechts stehend) 1964 Max Horkheimer auf dem Max Weber-Soziologentag in Heidelberg die Hand. Im Hintergrund fährt sich Jürgen Habermas durchs Haar.

## Framing



**Was siehst du? Es ist vom Standpunkt des/der Betrachtenden abhängig, welche Beschreibung gewählt wird. Und dann kommt es ja auch noch darauf an, was drin ist. Wie war das noch mit dem Wasser und dem Wein?**

imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ definiert. Zugegeben: aus heutiger Sicht etwas monokausal, aber trotzdem einleuchtend. Als sich Teile der Bourgeoisie ernsthaft bedroht fühlten und das Prinzip des Teils und Herrsche nicht mehr funktionierte, um die Ausbeutung im Kapitalismus weiterhin realisieren zu können, griff man zu diesem Mittel. Jetzt wurde mir deutlich, warum man bis Ende der 1960er Jahre versucht hatte, den Begriff Faschismus in der westdeutschen Öffentlichkeit zu vermeiden. Da war ja vom Kapitalismus die Rede und von Ausbeutung. Auch das waren Unwörter damals! Und da gab es ja noch die Schlaumeier der Frankfurter Schule. „Wer vom Faschismus redet, sollte vom Kapitalismus nicht schweigen“, so ein zentraler Satz von Max Horkheimer, einem, dem man sowieso mit Vorbehalt begegnen sollte, war er doch wegen seiner jüdischen Abstammung ins amerikanische Exil gegangen und nun zurückgekommen. In einem Nachkriegsfilm\*\* mit Grethe Weiser, heißt es: „Die Professors haben keine Bomben auf den Kopf gekriegt“, das sagt die Protagonistin, eine quasi reaktionäre Mutter Courage, die ihre Familie durchbringen muss. Sie benutzt das Leben der Exilierten „im sonnigen Kalifornien“, um daraus indirekt einen Vorwurf zu machen: „Wenn die wüssten, was wir alles durchgemacht haben“. Und noch perfider: Dass sie diese Leute nicht an die Gestapo verraten habe, wird als mutige Tat und quasi als Rechtfertigung gesehen, jetzt das Eigentum der Exilierten verschern zu dürfen. Diese Sätze bezogen sich zwar nicht auf die Mitglieder der Frankfurter Schule, aber auf Deutsche jüdischer Abstammung, die ihr Eigentum hätten zurückfordern können.

Man war folglich Opfer. Von Schuldgefühl keine Spur! Was sonst aus dieser Richtung kam,

wurde ohnehin belegt mit dem Vorwurf, dass dies nur Begriffe einer geschickten Infiltration der Kommunisten aus der Ostzone, oft auch nur „Zone“ genannt, seien, hinter der letztendlich der „Iwan“ stecke, der uns ja alles genommen habe. Das Wort DDR wurde ja bekanntlich in der Springer-Presse bis 1989 in Anführungsstriche gesetzt. Also: Offizielle Sprachlegung war soziale Marktwirtschaft statt Kapitalismus, Sozialpartnerschaft statt Ausbeutung, was sich ja bis heute erhalten hat. Auch wenn die als Kampfbegriffe gezeigten Begriffe wie Kapitalismus und Ausbeutung in der bürgerlichen Presse wenig vorkommen und zurzeit – so meine Wahrnehmung – immer seltener, so gehört es doch zu einem der Verdienste der 68er, dass man sie heutzutage verwenden kann (meist allerdings nur im Zusammenhang mit den Folgen der Globalisierung), ohne gleich als Staatsfeind diffamiert zu werden.

In der historischen Abfolge war einer der jüngeren einschneidenden Versuche, einem Begriff seine agitatorische Wirkung zu nehmen, die Veränderung des

Akronyms AKW in KKW. Der in jüngster Zeit als Linker in der FDP bezeichnete Wolfgang Kubicki, der wohl in den 1970er Jahren nach eigenem Bekunden auch mal auf einer Demonstration gewesen war, spricht heute noch von Kern- statt von Atomkraft. Beim Schreiben fällt mir ein, dass es ganze Abteilungen oder Institute gibt, von PR-Abteilungen großer Unternehmen ganz abgesehen, deren Wirken darauf ausgerichtet ist, Greenwashing, also Umweltfrevel grün zu verpacken, zu betreiben. Bestes Beispiel: VW mit seinen „BlueMotion“-Fahrzeugen. Man verfolge nur einmal die Werbekampagnen von Bayer, um das Gift Glyphosat gesellschaftsfähig zu machen.

In der Politik des SPD-Kanzlers Schröder wurde jegliche Form des Sozialabbaus mit dem

\* Mittlerweile ist bekannt, dass die Infiltration ehemaliger Nazis quasi in allen einflussreichen meinungsbildenden Medien, so auch in der SPIEGEL-Redaktion, stattgefunden hatte.

\*\* In: „Solange es hübsche Mädchen gibt“ – ein deutscher Musikfilm aus dem Jahr 1955 von Arthur Maria Rabenalt, der auch in der Zeit des Nationalsozialismus Filme gedreht hatte.





**Hoch geehrt und geadelt: Karl Popper (1902-1994) – Säulenheiliger der bürgerlichen Wissenschaft (Bronzebüste im Arkadenhof der Uni Wien)**

Begriff ‚Reform‘ belegt, der ja positiv konnotiert ist. Er eignet sich daher bestens dafür, die Privatisierung öffentlicher Betriebe und Einrichtungen oder den Betroffenen die ‚Gürtel-engerschnallen-Politik‘ besser ‚verkaufen‘ zu können. Mittlerweile sind wir alle ja Kund\_innen und damit bekanntlich königlicher Behandlung in Hinblick auf die Dienstleistungen des Öffentlichen Dienstes ausgesetzt!

Neudeutsch wird dieses inhaltliche Besetzen von Begriffen ‚framing‘ genannt. Der Begriff stammt, wie sich erahnen lässt,

aus der US-amerikanischen Soziologie. Jüngstes herausragendes Beispiel ist die Kritik an der Regierung des Staates Israel. Um Kritik an ihrer Politik abzuwehren, gleich ob sie aus dem In- oder Ausland stammt, wird nichts unversucht gelassen, diese als antisemitisch zu geißeln. Wer also die Besatzungspolitik infrage stellt oder die ungleiche Behandlung des arabisch-stämmigen Teils der Bevölkerung Israels kritisiert, wird als Antisemit\_in klassifiziert. So heißt es in *Le monde diplomatique* vom 13.12.2018 in einem Artikel von

Nathan Thrall, der den Handels- und Warenboykott gegen Israel (BDS) bilanziert: „Kritik, die sich exklusiv an Israel richtet, wird als „neuer Antisemitismus“ ausgemacht.“ Der Frame, der Rahmen also dessen, was unter Antisemitismus zu verstehen ist, wurde größer gezogen. Und es funktioniert! Selbst hierzulande werden Kritiker\_innen der gegenwärtigen israelischen Politik öffentliche Räume für Veranstaltungen mit dem Argument verwehrt, da würden antisemitische Positionen vertreten.

Aber soweit müssen wir nicht gehen. Auch ‚unser‘ Senator befließigt sich des Mittels des Framing, wenn er die beiden Säulen unserer Schulstruktur als „gleichwertig“ (HA v. 26.2.2019) bezeichnet. Dabei weiß jede\_r, der oder die sich mit der Sache intensiver beschäftigt, dass eine numerische Annäherung der Anmeldezahlen nicht das strukturelle Ungleichgewicht aufhebt.

Sprache ist nie wertfrei, sondern immer interessenbezogen. Mehr noch: sie ist, wie es Habermas sagt, ein Akt kommunikativen Handelns und somit ein Instrument, das gesellschaftliche Miteinander wesentlich mit zu prägen. Ein höchst politischer Akt also, der die Auseinandersetzungen nicht nur zwischen den Klassen, sondern eben auch die zwischen den Geschlechtern widerspiegelt. (Worte sind also niemals nur Schall und Rauch.) Das heißt, auch die Auseinandersetzung um das Setzen und das Besetzen von Begriffen wird bleiben. Vor diesem Hintergrund gilt es also, ordentlich mitzumischen oder – um es mit Gramsci zu sagen – den Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ zu gewinnen.

Was für die Sprache gilt, lässt sich ausweiten auf die grundsätzliche Frage, die uns im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen an der Ida Ehre Schule berührt: Gibt es neutralen

Unterricht? Dies betrifft zentral das vielzitierte Neutralitätsgebot des Beutelsbacher Konsenses. Wenn man ihn historisch einordnet, ist diese Formulierung ein Sieg derjenigen gewesen, die davon ausgehen, dass es einen objektiven Unterricht, eine objektive Berichterstattung, eine objektive Forschung gibt. Wissenschaftstheoretisch war dies der Sieg der kritischen Rationalisten, deren geistiger Vater Karl Popper sich in den 1960er Jahren

im so genannten ‚Positivismusstreit‘ eine intensive Auseinandersetzung mit der Frankfurter Schule, vor allem mit Adorno, lieferte. Nach Auffassung von Adorno kann es in Anlehnung an die Marxistische Denkschulung immer nur eine vom erkenntnisleitenden Interesse abhängige subjektive Sicht auf die Dinge geben. Die Isolierung eines zu untersuchenden Gegenstandes oder eines gesellschaftlichen Phänomens ist nicht möglich,

weil allein durch die Auswahl dessen, was untersucht werden soll, ein subjektives Moment mit einfließt. Dies letztendlich auch, weil der oder die Lehrende, der oder die Journalist\_in, der oder die Forscher\_in nie externe\_r Beobachter\_in ist, sondern immer Teil der Gesellschaft, in deren Abhängigkeiten er oder sie sich bewegt. Gleichzeitig wird damit das Bild über den Forscher oder die Forscherin, der oder die im Elfenbeinturm sitzt,

## Hintergrund

Der Positivismusstreit der 1960er Jahre zwischen primär Theodor W. Adorno und Karl Popper hat eine lange Geschichte. Bereits im unterschiedlichen Denken zwischen Aristoteles und Platon ist der grundsätzliche Konflikt zwischen der These angelegt, dass es entweder eine objektive Sicht auf die Dinge geben kann oder eben eine Werte und Normen umfassende, von Ideen geleitete Sicht das Wesen einer Sache freizulegen imstande ist. Im 19. Jahrhundert flammte vor dem Hintergrund der Zuspitzung der Antagonismen der bürgerlichen Klassengesellschaft dieser Konflikt neu auf. Wo zuvor Marx unermüdet versucht hatte, Hegel, den neben Kant wohl bedeutendsten Philosophen der Aufklärung im deutschsprachigen Raum, vom Kopf auf die Füße zu stellen, um in Umkehrung zu dessen idealistischer Sicht diese auf eine materielle Basis zu stellen („Das Sein bestimmt das Bewusstsein“), wurde diese Auseinandersetzung bis in die 1920er Jahre im „Verein für Sozialpolitik“ in abgeschwächter Weise weitergeführt. Eine Zuspitzung in diesem als ‚Werturteilsstreit‘ in die Wissenschaftsgeschichte eingegangenen Konflikt erfolgte dann ab den 1920er Jahren im Besonderen durch Max Weber, der zwischen Zweck (Werte) und Mittel (die Methoden, den Tatsachen auf den Grund zu gehen) zu unterscheiden versuchte. Er meinte das Problem der Auflösung der Einheit von subjektivem Werturteil und objektiver Tatsachenbeschreibung lösen zu können, indem er zwischen Forscher und Politiker trennte. Während Letzterer für die Werte (Zwecke) zuständig sei, sei es Aufgabe der Wissenschaft, davon losgelöst zu forschen. Eine gefährliche Sicht, wie wir zwischenzeitlich wissen, weil er damit den Wissenschaftler oder die Wissenschaftlerin aus der Verantwortung für eigenes Handeln entlässt.

Popper behauptete gar nicht erst, dass der Forscher und Wissenschaftler neutral sein kann: „Wir können dem Wissenschaftler nicht seine Parteilichkeit rauben, ohne ihm auch seine Menschlichkeit zu rauben. Ganz ähnlich können wir nicht seine Wertungen verbieten oder zerstören, ohne ihn als Menschen und als Wissenschaftler zu zerstören.“<sup>44</sup> Er meint aber, dadurch das Problem zwischen Tatsachenerhebung und Werturteil lösen zu können, indem er sagt, dass das auf einen Forschungsgegenstand bezogene Ergebnis nur so lange wahr sei, wie es nicht widerlegt (falsifiziert) werden könne. Diese Position rief den Widerspruch Adornos hervor. Dieser meinte, dass es unmöglich sei, das empirische Material ohne Bezug auf das gesellschaftliche Ganze bezogen interpretieren zu können, denn: „Hat die Methode [das Ergebnis] einmal zum factum brutum zugerichtet, so ist ihm auch nachträglich kein Licht einzublasen. In der starken Entgegensetzung und Ergänzung formaler Soziologie und blinder Tatsachenfeststellung schwindet das Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem (...).“<sup>45</sup> Vor dem Hintergrund dieser Ansicht wird Popper im Licht seiner Kritiker\_innen häufig abwertend als Befürworter eines reinen Sozialtechnizismus‘ geißelt oder einfacher als Türöffner einer ‚Sozialklempnerei‘ gesehen, die blind ist für die übergeordneten gesellschaftlichen Wirkungsweisen, die die Ergebnisse dieser Methode hervorbringen.

JG

<sup>44</sup>Karl R. Popper, Die Logik der Sozialwissenschaften, 1961

<sup>45</sup>T.W. Adorno, Soziologie und empirische Forschung, 1969





Foto: gemeinfrei-american memory

**Hannah Arendt (1906-1975) – In ihrem Hauptwerk ‚The Origins of Totalitarianism‘ Ende der 1940er Jahre (auf Deutsch unter dem Titel: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, 1955 erschienen) entwickelt sie als Exilierte in den USA lebend vor dem Hintergrund der Systemkonfrontation nach dem zweiten Weltkrieg das, was unter den Begriff Totalitarismustheorie subsummiert werden kann**

ad absurdum geführt. Es gab und gibt niemanden, der je im Elfenbeinturm saß. Und natürlich erst recht nicht – und ich meine dies

keineswegs ironisch – den oder die Kolleg\_in, der oder die in seinem/ihrerem Arbeitszimmer in diesem Sinne Unterrichtsvorbereitungen macht! (s. Kasten)

Das Forschungsinteresse war und ist immer abhängig von den jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen Wissenschaft betrieben wird. Wer anderes behauptet, so die Protagonisten der Frankfurter Schule, produziere Ideologie im Sinne der Herstellung falschen Bewusstseins. Nicht zuletzt sind das die Fragen, die auch in Hinblick auf Ethik und Moral beantwortet werden müssen. Wissenschaftler\_innen, Journalist\_innen, aber auch Lehrende sind somit eben verantwortlich für das, was sie machen.

Bezogen auf den aktuellen „Fall“ Ida Ehre sollten wir dies immer mitdenken. Eine neutrale Position, wie sie der Senator einzunehmen versucht, muss sich folglich mit diesem Vorwurf auseinandersetzen, es werde damit ein falsches Bewusstsein geschaffen, zugespitzter: sie

trage dazu bei, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern. Solange der Senator als Sozialdemokrat die Grundfesten unserer Gesellschaft, also die Systemfrage, außen vor lässt, muss er in gewisser Weise so reagieren. Innerhalb des kapitalistischen Systems bleibt der Widerspruch unauflösbar. Mit dem Unterschied, dass die AfD als vermeintlich systemkonforme Partei und sich selbst natürlich als demokratisch einstufend, dieses Problem nicht hat. Nicht ohne Grund nennt sich die Denunziationsplattform der AfD »Informationsportal Neutrale Schulen Hamburg«. Man könnte auch sagen: Damit ist der Senator in die Falle der AfD gelaufen. Er bedient das, was in weiten Kreisen der Gesellschaft als Konsens angesehen wird, dass eben rechts und links letztendlich gleichzusetzen ist und folglich beides in der Schule nichts zu suchen habe. Er kann sich dabei auf Hannah Arendt beziehen, die vor dem Hintergrund der stalinistischen Verbrechen im Namen



© cop24.gov.pl (Flickr commons)

**„Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.“ (Theodor W. Adorno)**

## Which Side Are You On?

Der Spruch ist der Titel eines Liedes das 1931 von Florence Reece (1900–1986) geschrieben wurde und gibt dessen zentrale Aussage wieder. Florence war die Ehefrau von Sam Reece, einem Gewerkschafter der United Mine Workers in Harlan County, Kentucky. Im Jahr 1931 befanden sich die Bergleute in dieser Region in einem bitteren und gewaltsamen Arbeitskampf mit den dortigen Minenbesitzern. (...) Die Geschichte der Streiks wurde in dem 1976 mit dem Oscar ausgezeichneten Dokumentarfilm „Harlan County U.S.A.“ erzählt, in welchem auch „Which Side Are You On?“ mehrfach gesungen wird. „Which Side Are You On?“ wurde von vielen anderen Interpreten, u. a. von Pete Seeger, mit einem veränderten Text von Billy Bragg gesungen. Auf das Lied wird unter anderem in „Desolation Row“ von Bob Dylan Bezug genommen. Das Musikprojekt 1000 Days, 1000 Songs veröffentlichte den Titel in der Version von Seeger im März 2017 auf seiner Website als Protest gegen die Politik von US-Präsident Donald Trump. (Quelle: Wikipedia)

Der Spruch auf Deutsch: „Auf welcher Seite stehst du?“, findet sich heute auch auf Transparenten wieder, wenn es um die grundsätzliche Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen hierzulande geht.

des Kommunismus mit ihrer Totalitarismustheorie in den 1950er Jahren den Herrschenden in den USA, aber vor allem auch den Ideologen in Westdeutschland ein willkommenes Modell lieferte, um jedwede linke Strömung zu diskreditieren. (s. Bildunterschrift)

In Beutelsbach wurde seinerzeit also kein Kompromiss ausgehandelt, sondern ein Instrument geschaffen, mit dem man meinte, dem durch die Studentenbewegung geprägten aufbegehrenden intellektuellen Nachwuchs die Flügel stützen zu können. Das in diesem Zusammenhang vielzitierte Neutralitätsgebot kann zwar dazu dienen, Schüler\_innen wie Student\_innen mit unterschiedlichen Meinungen zu konfrontieren und ist deshalb als ein Fortschritt gegenüber der Praxis westdeutscher Nachkriegslehremethode anzusehen, in der es letztlich ausschließlich um die Legitimation kapitalistisch und damit anti-kommunistisch eingestellter Inhalte und Positionen ging. Das Neutralitätsgebot transportiert aber Ideologie im

oben beschriebenen Sinn als Instrument zur Herstellung falschen Bewusstseins, weil es den Gedanken befördert, man könne etwas wertfrei und damit objektiv darstellen.

Vor dem Hintergrund des in der wissenschaftstheoretischen Debatte auftretenden unlösbaren Widerspruchs spiegelt sich der Konflikt in der Erziehungswissenschaft notwendig in ähnlicher Weise wider. Unter der Fragestellung: Geht mit dem Kontroversitätsgebot ein Neutralitätsgebot einher? wird allerdings noch auf einen anderen Aspekt verwiesen. Selbst wenn Lehrer\_innen ihre Schüler\_innen nicht beeinflussen wollen, bestehe die Gefahr, dass diese aufgrund

ihrer Abhängigkeit, weil sie die Lehrenden als Vorbilder betrachten oder weil sie dann bessere Noten erwarten, deren Position übernehmen oder dies vorgeben. Trotzdem lehnen die meisten Didaktiker\_innen innerhalb der Erziehungswissenschaft eine Offenlegung der Position der Lehrenden nicht grundsätzlich ab. Wolfgang Sander schreibt: „Der Beutelsbacher Konsens verbietet weder Lehrenden eine eigene politische Position, sondern nur, diese den Lernenden auf offene oder subtile Weise aufzudrängen noch fordert er ein gewissermaßen einheitliches, »neutrales« Verhalten in jeder Situation“ (Sander 2009). Und Frank Nonnenmacher kritisiert vehement alle „neutralen“ Lehrenden: „Ich halte dieses Rollenvorbild, das von einer solchen Lehrperson gegeben wird, für höchst fatal. Es fördert die Tugend der Meinungslosigkeit, des Sich-Heraushaltens, des Nicht-Flagge-Zeigens“ (Nonnenmacher 2011).

Als Zuspitzung der ganzen Angelegenheit, weil so schön konkret, erlaube ich mir an den Schluss dieser Überlegungen das zu setzen, was ich in der vorletzten Ausgabe dieser Zeitung (s. Kasten auf S. 21, hlz 3-4/2019) von der Kolumnistin Katrin Seddig zitiert habe (TAZ-HH, 2.4.19): „Ein Hakenkreuz ist nicht so etwas Ähnliches wie ein Antifa-Zeichen. So wenig wie Adolf Hitler so etwas Ähnliches ist wie Rosa Luxemburg.“

JOACHIM GEFFERS

*Die einzige geistige Kommunikation zwischen dem objektiven System und der subjektiven Erfahrung ist die Explosion, welche beide voneinander reißt, um mit ihrer Stichflamme sekundenweise die Figur zu beleuchten, die sie mitsammen bilden.*

Theodor W. Adorno,  
Veblens Angriff auf die Kultur

